

Zeitschrift für kritische Theorie

herausgegeben
von
Gerhard Schweppenhäuser

Heft 6/1998

zu Klampen

Zeitschrift für kritische Theorie

Herausgeber: Gerhard Schweppenhäuser

Redaktion: Sven Kramer (Hamburg), Claudia Rademacher (Münster), Gerhard
Schweppenhäuser (Weimar), Christoph Türcke (Leipzig)
Korrespondierende Mitarbeiter: Christoph Görg, Ulrich Kohlmann

Redaktionsbüro: Tatjana Kirchner

Alle Zusendungen redaktioneller Art bitte an das Redaktionsbüro:
zu Klampen Verlag, Postfach 19 63, 21309 Lüneburg.
Tel. 04131/73 30 30, Fax 04131/73 30 33

© 1998 zu Klampen Verlag, Lüneburg

Anzeigen: Tatjana Kirchner, zu Klampen Verlag

Die *Zeitschrift für kritische Theorie* erscheint zweimal jährlich.

Preis des Einzelheftes: 24,- DM

Bezugspreis Inland jährlich: 42,- DM (inkl. Porto)

Bezugspreis Ausland bitte erfragen.

Berechnung jährlich bei Auslieferung des ersten Heftes.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung
nicht bis zum 15.11. des jeweiligen Jahres erfolgt.

Umschlagentwurf: Johannes Nawrath

Druck: Difo-Druck, Bamberg

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Zeitschrift für kritische Theorie. -

Lüneburg : zu Klampen.

Erscheint jährl. zweimal. – Aufnahme nach 1995, H. 1

ISSN 0945-7313

ISBN 3-924245-64-9

Inhalt

ABHANDLUNGEN

Andreas Gruschka Krise, Kritik und Vision? Ein Forschungsprogramm aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung	5
Konrad Paul Liessmann Hot Potatoes Zum Briefwechsel zwischen Günther Anders und Theodor W. Adorno	29
Enrique Dussel Materiale, formale und kritische Ethik	39

EINLASSUNGEN

Helmut Thielen Jenseits von Kapital und Staat 30 Thesen zur Aktualität der Utopie nach dem Ende des »Realsozialismus« und angesichts der Krise des globalisierten Kapitalismus	69
Was hat die Marxsche Ökonomiekritik noch zu sagen? Vorbemerkung der Redaktion	81
Alex Demirovi Ökonomiekritik und kritische Gesellschaftstheorie	83
Rainer Bremer Zur Aktualität Marxens	91

Unreglementierte Erfahrung oder Konsenszwang? Ein Gespräch mit Hermann Schweppenhäuser	101
---	-----

BESPRECHUNGEN

Auschwitz und das Recht – eine Sammelrezension (Stephan Ganglbauer)	117
Gertrud Koch: Kracauer zur Einführung (Sabine Böker)	124
Martin Asiáin: Theodor W. Adorno: Dialektik des Aporetischen. Untersuchungen zur Rolle der Kunst in der Philosophie Theodor W. Adornos (Klaus Baum)	126
M. Werz (Hg.): Antisemitismus und Gesellschaftstheorie: Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt (Ulrich Kohlmann)	128
Autoren	132

ABHANDLUNGEN

Andreas Gruschka

Krise, Kritik und Vision?

Ein Forschungsprogramm
aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung

I. Notwendige Vorbemerkungen

Das Arbeitsprogramm des Instituts für Sozialforschung (IfS) wurde in der letzten Nummer dieser Zeitschrift mit der Ankündigung einer »Auseinandersetzung« dokumentiert. Das Programm in der *Zeitschrift für kritische Theorie* zu behandeln wie das irgendeines Sozialforschungsinstituts verbietet sich aus mehreren Gründen. Zum einen stellt sich für die Redaktion die Frage, was die Überlegungen und Vorschläge des Kollegiums am IfS mit kritischer Theorie als Gesellschaftstheorie und Zeitdiagnose zu tun haben. Zum zweiten schreiben die Autoren ihr Programm im Bewußtsein, in einer Tradition zu stehen, die für Gesellschaftstheorie und -analyse Maßstäbe gesetzt hat. Sie sind darum bemüht, keine Traditionspflege zu betreiben, und müssen deshalb versuchen, das Programm als Weiterentwicklung dieser Tradition plausibel zu machen. Schließlich fühlt sich ein Leser, vor allem wenn er ein Kritiker und/oder Freund kritischer Theorie ist, dazu herausgefordert, in der Auseinandersetzung eigene Ideen, wie das Programm anders entworfen werden müßte, vorzustellen, eben als Fortschreibung kritischer Theorie. Damit konvergieren die Absichten der Redaktion dieser Zeitschrift, die der Autoren des Konzeptes wie die der möglichen Kritiker vor allem in einem Punkte, in dem des Bezuges auf die Tradition kritischer Theorie. Diese wie deren Fortschreibung ist aber, wie jeder Beobachter weiß, strittig.

Während die Autoren des Kollegiums – vor allem Axel Honneth und Helmut Dubiel – immer wieder in Publikationen den Revisionsbedarf und Erweiterungsnotwendigkeiten der klassischen Form kritischer Theorie betont haben, hält die Redaktion dieser Zeitschrift an

den Einsichten Adornos und Horkheimers fast demonstrativ überall dort fest, wo »trotz allem Geschwätz vom Gegenteil« in der »Grundschicht der bürgerlichen Gesellschaft nichts sich geändert« (Adorno) hat und wo Einsichten in ihren gegenwärtigen Zustand auch mit Hilfe der alten Diagnosen möglich sind. Daß die Analyse der auffälligen neuen Momente und der Veränderungen der Gesellschaft mit der Ausschärfung und Nutzung der Denkmittel der kritischen Theorie allemal möglich ist, diese Position dürfte ich mit der Redaktion teilen. Sie nährt sich aus der eingeschränkten, zugleich aber empirisch erprobten Perspektive von Beobachtern des Verhältnisses von Pädagogik und Gesellschaft (wie sie in Studien des Instituts für Pädagogik und Gesellschaft dokumentiert wurden¹). Selbst dort, wo wir etwa fragen: Veraltet die Halbbildung? blieben die dank Adornos Theorie gewonnenen Einsichten ungleich gehaltvoller als die Versuche, mit den Grundbegriffen der Habermasschen Theorie dem pädagogischen Betrieb auf die Schliche zu kommen.

Von daher lautet meine grundsätzliche Anfrage an das Programm: Entsteht hier ein neuer fruchtbarer ›theoretischer Bezugsrahmen‹ für eine ausgreifende Diagnose der gegenwärtigen Gesellschaft? Zunächst werde ich die gesellschaftstheoretischen Prämissen des Programms diskutieren. Sodann sollen die für die Analyse leitend gemachten Kategorien des »Kampfes um Anerkennung« und der »Zivilgesellschaft« auf ihren Gehalt hin problematisiert werden. Danach blicke ich kurz auf die angekündigten empirischen Studien, und schließlich soll das Konzept mit Blick auf die eigenen Optionen zusammenfassend bewertet werden.

II. Gesellschaftstheorie als Überzeugungsboden

Das Programm beginnt mit der Herleitung eines Krisenszenarios, das in ähnlicher Form gegenwärtig an vielen Stellen vorgelegt wird: Ein allseits festgestellter relativer Fortschritt in der Verfassung der avancierten bürgerlichen Gesellschaften, eingetreten während des dritten Viertels dieses Jahrhunderts, steht in Gefahr bzw. befindet sich im Prozeß seiner Demontage. Dieses Vierteljahrhundert erscheint als eine Zeit, »in der der Dreiklang von Wirtschaftswachs-

tum, sozialer Sicherheit und politischer Demokratie sich als normativer Erwartungshorizont etablierte«.

Es wird nicht weiter erläutert, was es mit der Norm auf sich hat, ob damit mehr als das gemeint ist, was im gegenläufigen politischen Diskurs als Anspruchsdenken denunziert wird, oder ob es sich hierbei um eine zivilisatorische Errungenschaft handelt, die dann aber ohne schwere politische Legitimationskrise nicht zur Disposition gestellt werden dürfte. Haben wir eine solche Krise oder nur den alten Kampf um Anteile vom Kuchen? Die Unschärfe an dieser frühen Stelle des Programms rächt sich, wie zu zeigen sein wird.

Die Aufkündigung der ›Norm‹ interpretieren die Autoren als tiefgehende Krise. Sie zeige sich gegenwärtig darin, daß eine »relativ konfliktarme Austarierung dieser konkurrierenden Zielgrößen von kapitalistischer Akkumulation, sozialer Integration und demokratischer Legitimation nicht mehr gelingen will«. Den Grund hierfür sehen sie in so etwas wie einer Epochenschwelle der kapitalistisch-bürgerlichen Entwicklung: Nicht mehr die Balance dieser drei Größen (also die Ära der sozialen Marktwirtschaft oder des Sozialdemokratismus), sondern die Unterordnung aller unter den »Absolutismus der kapitalistischen Weltökonomie« (also Neoliberalismus) sei nun festzustellen. Alles gerate unter den Maßstab der »Kosten-Nutzen-Kalküle und utilitären Präferenzen«, eben auch die ihnen normativ entgegenstehenden Fragen der sozialen Integration und demokratischen Legitimation. Gerade darin liege das Gefährliche der Situation. Um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft zu erhalten, werde von den nationalen Regierungen all das zur Disposition gestellt, was jenen Fortschritt ausgemacht habe: sozialintegrative Netzwerke werden gelockert, rechtsstaatliche Sicherungen und demokratische Beteiligungschancen reduziert. Und das Beängstigende daran sei zusätzlich, daß es keine vehemente Gegenwehr gegen die Entwicklungsdynamik hin zu diesem neuen Absolutismus gebe, der nunmehr die »warenförmige Zurichtung der Weltgesellschaft« betreibe, »die fossilen Ressourcen der Natur aufzehre«, die »moralischen Bestände« zerstöre, »aus denen sich Solidaritäten und kollektive Identitäten speisten«. Die Vertreter der kritischen Tradition »schwankten zwischen Resignation und dogmatischem Beharren auf alt gewordenen Wahrheiten«. Dagegen stünde auf der Tagesordnung der Intellektuellen die »erregende Herausforderung«, »die

Vision eines transnationalen Bürgerstatus« oder einer Wirtschaftsverfassung, die u. a. neue »soziale Solidaritäten regenerieren« könne.

Damit ist der Überzeugungsboden markiert, auf den die Konzeption gesetzt werden kann. Die Krisenbeschreibung erfolgt auch in ihren späteren Reprisen recht konventionell nach dem Muster des im sozialdemokratisch- und linksliberal-kritischen Milieu aufgebauten Unbehagens an der gegenwärtig sich durchsetzenden Modernisierung. Es speist sich aus einer Verlusterfahrung jener politisch sozialliberal geprägten Errungenschaften. Sie wird erkaufte mit einer Verklärung der 25 Balancejahre, deren erste 20 einmal als Restaurationsperiode attackiert wurden. Nicht wirklich anders als im Stile einer bundespräsidialen ›Ruckrede‹ wird gegen die Krise und die Resignation bzw. dogmatisches Beharren nun auf die Vision gesetzt. Die Krisenbeschreibung erfolgt so dicht an den Diskussionen in den Medien, das Szenario ist so klar, daß sich die für ein Forschungsprogramm wesentliche Frage aufdrängt, welche substantiellen Einsichten in die Krise denn überhaupt noch gewonnen werden müssen. Daß die Welt zur Ware wird, eignet sich erst zum Thema von Forschung, wenn es nicht durch Evidenz bereits vorher bekräftigt wurde. Moralische Bestände lassen sich immer dann leicht als in Auflösung befindlich erklären, wenn sie vordem als solche nicht gesichert werden mußten. Die Kritik ist so sehr auf die Wiedergewinnung des verlustig Gegangenen ausgerichtet, daß sich die Frage stellt, woher die revolutionäre Kraft kommen soll, die den wiedereingesetzten »Absolutismus« stürzen könnte? Von der Arbeiterbewegung als einer solchen Kraft ist nicht die Rede, statt dessen etwa von der visionären Kraft eines »transnationalen Bürgerstatus«.

Wenn es sich bei der jüngsten Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften nicht bloß um einen Irrtum der Geschichte handelt, der gegen die »normativen Erwartungshorizonte« der Gesellschaftsmitglieder begangen worden ist, es vielmehr so ist, daß diese sich mit ihren normativen Erwartungen über die Realität kapitalistischer Vergesellschaftung irren, dann dürfte es mit dem Sturz der neuen Herrschaft schwer werden. Selbst unter den Intellektuellen grassiert die Skepsis, der Realität sei mit einer Vision beizukommen. Bevor die Kausalität der Entwicklung analysiert wurde, wird die Kontingenz der Zukunft postuliert. Das entspricht politischer Rhetorik, aber nicht der distanzierten Haltung einer kritischen Gesellschafts-

theorie gegenüber den Gerüchten, Vorurteilen, Meinungen über den Zustand der Gesellschaft.

Auch aus der immanenten Perspektive der hier in Anschlag gebrachten Gesellschaftstheorie geurteilt, wird es zu einem Problem, wenn man je nach politischer Konjunktur Wirtschaftswachstum, soziale Integration und politische Demokratie gegeneinander ausspielt, so als ob das alte Wachstum (mit dem Raubbau an der Natur und der Zersetzung der alten Milieus), weil förderlich für Integration und Demokratie, gut und das neue, weil neoliberal, schlecht sei. Ich jedenfalls erinnere mich nicht an goldene 50er Jahre der politischen Demokratie oder ebensolche goldenen 60er der sozialen Integration. Eine Zeitdiagnose, die zu sehr auf den Zeitgeist fixiert erfolgt, besitzt nicht genug Distanz, um auch gegen die eigene Voreinstellung erklären zu können, was geschieht. Wem die gängigen Verfallsthesen nicht so leicht über die Lippen kommen, dem fällt schwer zu akzeptieren, daß *die* moralischen Bestände zersetzt worden sind, und sie gleichzeitig mit Rückgriff auf die Vision regeneriert werden könnten. Wir wissen doch, wie ›nachhaltig‹ gepflegt und langsam gewachsen solche Bestände sein müssen, damit wir auch mit soziologischem Recht von ihnen sprechen können. Und wir wissen, daß wir sie als »Bestände« unterscheiden müssen von den kumulierten Ankreuzungen, die uns Probanden auf den Befragungsbögen der Demoskopien liefern. Die suchen bekanntlich nach einem Echo auf die Krise und schaffen dabei in der Regel bloß Artefakte. Der gängige Verwendungssinn der Deutungsfigur der Krise wie der der Zersetzung stammt nicht aus dem Arsenal der strukturtheoretischen Zugänge zur Gesellschaft. Diese fragt nach dem durchgehaltenen Allgemeinen im zeitlich jeweils anders aufscheinenden Besonderen. Die Figur bedient die Kulturkritik, sie ist wohl so alt wie diese selbst. Man muß nur ein wenig Jugendforschung im historischen Vergleich studieren, dann drängt sich mit den notorischen Klagen über die Jugend tiefe Skepsis gegenüber den Verfallsthesen auf.

Von sozialen Solidaritäten ist merkwürdig im Plural die Rede, von moralischen Beständen als ihren Quellen. Soll dies bedeuten, daß wir es mit ihnen gegenwärtig nicht mehr zu tun haben, weil die Quellen versiegt sind, oder nur mit weniger von ihnen, so daß sie sich wieder ausbreiten könnten? Die Grundannahmen bleiben unbestimmt, sie indizieren eine diffuse Angst vor etwas Unbegriffenem.

Damit aber wird das vom Kollegium exponierte Verhältnis von Krise, Kritik und Vision für ein wissenschaftliches Unternehmen doppelt prekär. Zum einen riskieren die Autoren mit dem Import eines kompakten Entwicklungsmodells der Krise, das sie als gesichert und erklärt voraussetzen, eine weitgehend subsumtionslogisch vorgehende Forschung. Nach ihr kommt sprichwörtlich nur noch heraus, was man in sie hineingesteckt hat: eben Hinweise darauf, wie der Neoliberalismus politische Beteiligungsrechte dem Wirtschaftsstandort Deutschland unterordnet. Bereits der Tagespresse entnehmen wir, daß die Menschen darauf zum Teil erschreckt, zum anderen Teil kämpferisch, zum dritten Teil mit destruktiver Energie reagieren, wo sie als überflüssig erklärt werden. Gesellschaftstheorie, die aus der sachhaltigen Analyse des Besonderen das Allgemeine herausarbeitet, muß so nicht mehr entstehen, denn sie liegt mit dem Krisenszenario bereits vor. Was doch allererst erforscht werden müßte: die Gesellschaft, und was deswegen mit Skepsis beobachtet werden müßte: das Neue, wird bereits zu Beginn postuliert.

Nicht zuletzt die begrifflichen Annäherungen an das Neue der Gesellschaft nähren meine Skepsis. Wie neu ist die »warenförmige Zurichtung der Weltgesellschaft«, tritt sie etwa erst ab 1975 ein? Was ist an der Rede von der Globalisierung der Ökonomie, die uns am Ende jedweden Einschnitt in das soziale Netz abverlangt, primär dem politischen Interesse des Kapitals geschuldet, was daran strukturelle Veränderung? In welcher Weise wurden jüngst die moralischen Bestände aufgezehrt und welche vor allem? Wer ist ihrer verlustig gegangen: etwa der 50jährige Steuerbürger, der das am Fiskus vorbeigeschmuggelte Geld nun in Aktien anlegt, die ehemaligen Kassierer in den Ortsvereinen oder Einzelhändler, die sich als Frühpensionäre auf die Insel zurückgezogen haben, die neue Generation der Wirtschaftsführer, die nur noch an den »shareholder value« glaubt, die rechtsradikalen Skins um 1993, als viele Häuser brannten? Oder sind die Scheidungsbereiten gemeint, die ihren Kindern die Situation der alleinerziehenden Mutter oder des Vaters und die wechselnden Lebensabschnittsgefährten zumuten? Von letzteren ist später wenigstens als Adressaten der Forschung die Rede.

Die Allgemeinheit, mit der das Programm die Krisen beschwört, wird freilich, obwohl man nicht so recht weiß, wer gemeint ist, überall dort den common sense erreichen, wo nicht bereitwillig der

Absolutismus der Weltökonomie bedient wird. Ginge es in einem Programm des Instituts für Sozialforschung nicht darum, diesen sense zu problematisieren? Was also ist der Zustand der Gesellschaft jenseits der Art, wie sie beredet wird?

Das analoge Problem ergibt sich bei der Fundierung der Vision in der Wirklichkeit. Worin unterscheidet sich die Hoffnung auf die Vision von wishful thinking? Von der sozialwissenschaftlichen Avantgarde verlangen die Autoren ganz ähnlich wie heute das Volk und die Publizisten von Managern und Politikern die Vision, mit der gegen die Trägheit der Karawane diese in eine rettende Zukunft in blühende Landschaften geführt wird, während ihr Führer Kohl, unbeeindruckt von jeder Krise auf dem Weg ins irgendwo weiterzieht. So etwas galt einmal in Frankfurt als zutiefst ideologisch, u.a. als Flucht vor der Wirklichkeit in die problematische Orientierung an Leitbildern. Zu fragen ist auch: Wo ist reflexive Modernisierung mehr als ein Kampfbegriff gegen die phantasielose Form der Erneuerung der Gesellschaft durch Parolen von vorgestern: »Den Gürtel enger schnallen! Mehr arbeiten! Weniger verlangen! Sparen, Sparen, Sparen!« So etwas wollen uns sogar ganz moderne Manager einhämmern.² Und wie verhalten sich die gängigen Formeln für Modernisierung zu dem, was sich gesellschaftlich durchsetzt? Die Motivierung des Programms wirkt fast so, als ob es nunmehr die Aufgabe der sozialwissenschaftlichen Intelligenz wäre, durch die Neustiftung von Diskursen die Wirklichkeit zu verändern.

Damit nun aber beim Leser nicht der Eindruck entsteht, es handle sich bei der Entwicklungsoption um reines Wunschenken, bemühen sich die Autoren, das normative Fundament für die Hoffnung kategorial zu erläutern und anschließend in der Gesellschaft empirisch zu sichern. Hier treten zwei Hausmarken in ihr Recht: »der Kampf um Anerkennung« und die »Idee der Zivilgesellschaft«. Zwar ist später auch von anderen Aspekten der Gesellschaftstheorie die Rede, unterhalb von beidem die Ökonomie und die Zukunft der Arbeit und gleichsam quer zu allem liegend das Geschlechterproblem, aber für den gesellschaftstheoretischen Kern der Konstruktion sowie die objekttheoretische und methodologische Fundierung der Krise wie der Vision sorgen doch allein diese beiden Chiffren. Das Geschlechterthema firmiert jedenfalls nicht als Hoffnungsträger. Es taucht wie ein schlechtes Gewissen der Forscher immer wieder in den Begrün-

dungen auf, damit diese nicht gegen ihre gute Absicht doch dem männlichen Blick erliegen. Deswegen muß der Fragehorizont erweitert werden, ja eigentlich wären auch die Grundkategorien selbst zu erweitern, mit denen sowohl die Kritik als auch die Vision in der bürgerlichen Epoche materialisiert werden. Am Ende aber, in den methodischen Umsetzungen, führt diese Erweiterung nicht zu anderer Empirie, sondern vor allem zu Frauenforschung. Die Ökonomie, zu Beginn als entscheidend beschworen, wird später gleichsam in ein Forschungsdepartment abgeschoben, mit Spezialfragen, demgegenüber erscheinen die allgemeinen allein als die, die aus dem Kampf um Anerkennung und der Zivilgesellschaft abgeleitet werden können.

II.1 Kampf um Anerkennung

Die Ausführungen unter der Zwischenüberschrift »Krisen der Anerkennung« rekurrieren auf die Begrifflichkeit der wohl im Institut als Grundlagenforschung behandelten Habermasschen »Theorie des kommunikativen Handelns« (im folgenden: TkH). Wenn es im Arbeitsprogramm heißt: »Im Modell des Kampfes um Anerkennung soll von einem gesellschaftstheoretischen Ansatz ausgegangen werden [...]« und wenige Zeilen darauf: »Das Forschungsprogramm muß [...] die soziokulturellen Voraussetzungen einer demokratischen Kultur unter anerkennungstheoretischen Gesichtspunkten klären [...]«, dann hat eine theoretische Transformation stattgefunden. Aus der Verheißung, es ginge im Arbeitsprogramm um »Gesellschaftstheorie«, wird dem Leser ihre terminologische Erfüllung suggeriert: Aus »Gesellschaftstheorie« ist u. a. »Anerkennungstheorie« geworden.

Die ungenannten Stufen solcher Metamorphose lassen sich einfach rekonstruieren. Als »Gesellschaftstheorie« dient die TkH mit ihrer grundlegenden Unterscheidung zwischen »System« und »Lebenswelt«. Ihrer bedient sich Habermas im Interesse seiner verwissenschaftlichten Gesellschaftskritik, die um ihren normativen Status ringt. »System« vertritt jenen Bereich gesellschaftlicher Integration, der nach Prinzipien instrumentellen, politisch: strategischen Handelns organisiert ist. Hingegen steht »Lebenswelt« für die Realität von kommunikativer Vernunft, die letztlich durch Sprache verbürgt ist. Der Zauber der »Lebenswelt« bringt es mit sich, daß trotz einer

bedrohlich ansteigenden »Kolonialisierung der Lebenswelt« durch das »System« und seine Logik die fortschrittlichen Errungenschaften von »vitaler demokratischer Kultur«, als da wären Rechtsstaat, Sozialamt, Kündigungsschutz, Betriebs- und Personalrat etc., zwar sich haben etablieren können, aber nun stark gefährdet sind. Freundlicher gesprochen, bezieht die Rede vom »Kampf um Anerkennung« ihre blasse Plausibilität aus eben jener Scheidung, die bei Habermas die Idee gesellschaftlich wie individuell, wenigstens potentiell verbürgter Rationalität ins gesellschaftliche Diesseits retten soll. Die »Anerkennungstheorie« basiert auf nichts anderem als einer »Gesellschaftstheorie«, die behauptet, daß in Sprache immer wieder Normen der Anerkennung des Sprechers erhoben und der Überprüfung durch andere angeboten werden.

Sein und Sollen werden kurzgeschlossen durch den Hinweis, daß schon in der Chiffre vom Kampf um Anerkennung beides ausgesprochen werde: »Der Vorteil eines solchen Ansatzes liegt darin, daß der Grundbegriff der Anerkennung sowohl einen normativen Bezug auf rechtfertigungsbedürftige Ansprüche als auch einen empirischen Bezug auf soziale Konfliktbereitschaft enthält.« Sind die Grundlagen erst einmal positiv ausgewiesen, können auf ihr Sichtweisen erblühen, die durch empirische Unschärfen bestimmt sind. Gegenteilige Beobachtungen lassen sich zu »anerkennungstheoretischen« Grundlagen höherer Ordnung erklären: »Nun zeichnen sich in der kommunikativen Lebenswelt demokratischer Gesellschaften heute nicht nur Tendenzen einer soziokulturellen Desintegration ab. Vielmehr haben wir es auch mit einer Vielzahl von Konflikten, Praktiken und Kämpfen zu tun, in denen kompensatorisch traditionelle Formen der Anerkennung wiederhergestellt oder neue Muster der Anerkennung geschaffen werden.« Assoziativ erschließt sich aus dem Positivum »Lebenswelt« der ein Negatives indizierende Begriff des »Kampfes um Anerkennung«. Denn eine »vitale«, intakte »Lebenswelt« würde sich gewiß nicht durch die Krise der »Anerkennung« auszeichnen. Immerhin bieten die Autoren einen Ausweg an, der freilich die Selbstreferentialität solcher Forschung erkennen läßt: Die »traditionalen Formen der Anerkennung« mögen gefährdet sein und verteidigt werden, im Prozeß der kommunikativen Reintegration der Gesamtgesellschaft wird die Bedrohung jener traditionellen Formen aber neue Diskurse über die neuen »Formen der Anerkennung« ent-

fachen. Und man staune: Es gibt sie wirklich. Die traditionelle Familie zerfällt, aber in Zeiten höchster Not ist die Rettung durch den lebensweltlichen Diskurs am nächsten. Ein mögliches Beispiel wäre: Homosexuelle streiten plötzlich um die Anerkennung ihrer sexuellen Orientierung und wünschen ihre Zulassung als eheliche Gemeinschaft mit Adoptionsrecht.

Die skeptische Frage gegen den Begründungsaufwand lautet: Stammt die These von der »Krise der Anerkennung« aus einer empirisch gehaltvollen Theorie oder ist sie Ausdruck einer Mischung von gesellschaftspolitischen Hoffnungen, sozialen Optionen und Beobachtungen zu sozialen Auseinandersetzungen? Die Skepsis folgt der empirischen Gesellschaftskritik Horkheimers und Adornos, die bekanntlich unbestechlich ihrer eigenen Hoffnung mit Kritik begegneten. Ihr Thema war das zwanghafte Entweder-Oder der Integration und Exklusion und ihre dialektische Verschränkung. Sie standen gleichermaßen kritisch zur Desintegration wie zur Integration, weil beide ihre Wertigkeit von der Gesellschaft beziehen, die die Menschen zum Mitmachen zwingt bzw. sie um ihr Lebensrecht durch Ausgrenzung bringt. In einer Gesellschaft, in der »niemand ohne Angst anders sein kann«, kämpft jeder durch Anpassung um Anerkennung oder um solche als Vertreter einer Gruppe bei denen, die in einer befreiten Gesellschaft kein Interesse daran hätten, Anerkennung zuzubilligen oder sie abzuerkennen.

Statt auf das Schlechte des gesellschaftlichen Zustands des Integrationszwanges zu blicken, bringen die Autoren ihre fortschrittlichen politischen Überzeugungen ins Feld, die ihnen nahelegen, daß nicht jeder Kampf um Anerkennung solche verdiene: Die beobachtbaren Kämpfe z. B. des Fußballklubs N gegen die Anhänger des Fußballklubs M stören das trotz mancher Relativierung im Text doch durchschlagend normativ positiv aufgeladene Bild von den Kämpfen. Insofern bleiben die aggressiv ausagierten demonstrativen Versuche, durch Abweichung von der Norm Anerkennung als Aufmerksamkeit zu gewinnen, weitgehend ausgeblendet, bzw. wird über sie politisch entschieden. Mal wird aus der kämpfenden Gruppe eine unterdrückte Minderheit, mal wird aus ihr eine nationalistische Bewegung oder eine rassistische Gruppe etc. Dem sich um Belege, die sein Theorem stützen, bemühenden Sozialforscher drängen sich in positiver Hinsicht vor allem die subtileren Formen des »Kampfes um Anerken-

nung« auf. Bei randalierenden Fußballanhängern ist die Deformation hervorrufende integrationistische Verhaltensweise zu evident, als daß deren Bewußtsein mit kommunikativer Rationalität zusammengebracht werden sollte. Die weniger brachialen Protestformen, an denen sich die Ausgrenzung von den klassischen Bürgerrechten dennoch direkt demonstrieren läßt, eignen sich gewiß besser, um wissenschaftlich vom Stand der Opposition gegen das Bestehende zu zeugen.

Aber ihr »Kampf« richtet sich oft nicht nur auf Anerkennung, sondern auch gegen eine Integration in die Normalität der Gesellschaft, die sie um ihre Besonderheit bringt. Das Verflixte besteht dann darin, daß sie Anerkennung, das heißt Integration, fordern, um mit ihrem Sonderstatus und zugleich nach allgemeinen Maßstäben integriert zu werden. Von dieser Unentschiedenheit zwischen Allgemeinem und Besonderem sollte allerdings zugleich im Programm die Rede sein. Und auch etwas von der ideologischen Tendenz des Kampfes: Als nichtintegriert gilt der, der kämpft – was sollte er sonst anderes tun, um als Widerständler geadelt zu werden? –, aber viele Kämpfende wollen gar nicht die Behandlung als Gleichgestellte, sondern sie streiten für ihr partikulares Interesse, das sie mit einem nach vorne geschobenen allgemeinen zu rechtfertigen suchen, ohne das wirklich zu können. So manche reklamieren für sich das allgemeine Menschenrecht und sei es das der Abweichung von anderen, damit sie am Ende mehr vom Kuchen ergattern. Das gute Anliegen ist die schützende Hülle, die sich über die Krudität des Kampfes legen läßt. Angesichts der (künstlichen) Knappheit der Güter soll es dabei entscheidend helfen, daß das Frauenhaus oder die anonymen Alkoholiker oder der Sportverein Fördermittel bekommen.

Es gibt immer noch Kämpfe mit einer klaren Schlachtordnung: Das Kapital ist ein adäquater Gegner für Arbeit, hier muß um den Kuchen gestritten werden. Aber der durch KW-Stellen bedrohte Fachbereich verlagert die Kämpfe um Anerkennung allzu leicht von außen nach innen. Auch wenn es so scheinen mag, daß die benachteiligten Frauen mit der Quote um nichts als um ihre Anerkennung kämpfen – die dann durchgesetzte Professorin impliziert den abgewiesenen »gleichqualifizierten« männlichen Kandidaten und überdeckt ggf. die Auseinandersetzung über die gestrichenen Stellen. Kompensatorische Ungerechtigkeit ist allemal untauglich als Vision.